

## Deutschsüdwest.

Vor etwa einem halben Jahre tagte der parlamentarische Untersuchungsausschuß in London zur Feststellung der Bedingungen, unter welchen ein Zusammenschluß der britischen Gebiete in Ostafrika möglich wäre. Dabei handelte es sich, wie wir wissen, nicht nur um die eigentlichen britischen Besitzungen, die Kenya-Kolonie, das Protektorat Uganda und das gleichfalls als Protektorat geltende Sultanat Sansibar, sondern in diesem Falle war unter „britischem“ Gebiete auch unser altes Deutsch-Ostafrika verstanden.

Es herrschte große Freude in allen kolonialen Kreisen, als dieser Ausschuß, der noch von der Regierung der Labourparty, unter Leitung des Lord Passfield eingesetzt war, zu dem Ergebnis kam, daß eine Zusammenlegung der Gebiete in der beabsichtigten Form unter den damaligen Verhältnissen untunlich erscheine.

Der Gedanke war ursprünglich von den imperialistisch gesinnten Siedlern von Kenya, der Farmerpartei des inzwischen verstorbenen Lord Delamere ausgegangen und seit Jahren bestritten worden. Als aber dann die Arbeiter-Partei, ihrer ganzen Einstellung entsprechend, diese Vereinigung weniger von dem Gesichtspunkt der britischen Siedler auffaßte, sondern von der Lage der Eingeborenen ausging, und dieselben Rechte, welche dem ganz als Eingeborenen-Protektorat geführten Uganda zustanden, auch auf Kenya übertragen wollte, änderte sich die Meinung der Delamereleute und sie hatten fernerhin keine Neigung, sich mit der Sache zu befassen. Da nun andererseits die Eingeborenen von Deutsch-Ostafrika fürchteten und in dieser Furcht von ihrem damaligen aus der „Westform“ hervorgegangenen Gouverneur Cameron bestärkt wurden, daß schließlich bei der endgültigen Regelung der Regierungsgrundsätze des künftigen englischen ostafrikanischen Großreiches doch die Gedankenwelt der britischen Imperialisten von Kenya die Obermacht bekommen könnte, so waren auch diese keineswegs geneigt, sich darauf einzulassen, und ihre im Parlamentsausschuß in London auftretenden Abgeordneten hatten sich infolgedessen gegen die Vereinigung ausgesprochen. So waren Vorn und Hinten, Rechts und Links vertauscht, und dieser Parlamentsausschuß konnte in dem damaligen Augenblick tatsächlich nichts Besseres tun, als die Beschlüsse über die Ausfertigung des Ganzen zu vertragen.

Dazu beigetragen haben mag ferner eine Rede, die der General Herzog im Laufe dieser Zeit nach Schluß einer Tagung der Dominion-Minister in London gehalten hatte und in der auch er sich rückhaltlos gegen die Bildung eines solchen geschlossenen

Herrschaftsgebiets aussprach, mit solchen Rechtsformen ausgestattet, welche die Eingeborenen in einer Weise begünstigen könnten, daß darüber die für das Dasein der Europäer in der Südafrikanischen Union gar nicht zu entbehrenden Maßnahmen gegenüber der dortigen Eingeborenen-Bevölkerung hätten in Mitleidenschaft gezogen werden können.

Diese Anschauung sprach der General Herzog wirklich aus, indes er eine andere Seite, welche diese ganze Absicht der Londoner Regierung auch noch aufweist, wie verständlich, mit Stillschweigen überging; denn — was bei uns zu Lande meist noch nicht erkannt ist —, es handelt sich in diesem Kampf um das ostafrikanische Mandat, ebenso wie bei der Entwicklung der Dinge in Südwestafrika um hochpolitische Fragen: Das Ganze ist ein Kampf der Londoner Politik gegen diejenige von Pretoria.

Wenn wir heute festgestellt sehen, daß jetzt schon Mitte April, also kaum ein halbes Jahr nach dem von deutscher Seite mit Freuden begrüßten ergebnislosen Ende des Parlamentsausschusses die drei Gouverneure von Deutschost, Kenya und Uganda, sowie der Resident von Sansibar in Dareßsalam zusammentreten, um sich wiederum mit der politischen Zusammenlegung der vier Gebiete zu befassen, und wenn zu gleicher Zeit der englische Staatssekretär für die Kolonien noch einen besonderen Ausschuß einsetzt, der sich mit den Teilfragen dieses Zusammenschlusses befassen soll, vor allen Dingen mit der Landfrage, so kann man schon annehmen, daß die eigentlichen großen Endziele dieses politischen Kampfes den Gedanken des großen ostafrikanischen englischen Kolonialreiches nicht zu Ruhe kommen lassen werden.

Wenn bis jetzt der Mandatscharakter von Deutsch-Ostafrika und Südwest erhalten geblieben ist, so kann man wohl sagen, daß dieses nicht ein Erfolg des Vorgehens der deutschen Diplomatie war, sondern daß die einander widerstrebenden Belange von Pretoria und London uns dieses endgültige Ende unseres Kolonialbesitzes bislang noch erspart haben.

Es geht hier in Wirklichkeit um den immer stärker sich erhebenden Ruf des größten Teiles der Unionsbevölkerung nach dem „Größeren Südafrika“, das nicht einmal an dem Sambesihalt zu machen gedenkt, sondern gegen den Äquator hinaus vorgeschoben werden soll. Zur Erreichung dieses Zweckes wünscht die Union zu irgend einer Zeit der kommenden Jahre die engere Verbindung der beiden Rhodesien mit Südafrika und sie braucht dazu den engsten Anschluß von Deutsch-Südwest an ihr Gebiet.

Auf der anderen Seite will die Londoner Regierung durch die Zusammenfassung der Eingeborenen Gebiete des nördlichen und östlichen Afrikas einen widerstandsfähigen Block gegen diese Bestrebungen schaffen, der dann auch für die beiden Rhodesien als Rückhalt zu dienen hätte, um etwaigen Anschlußwünschen an die Union entgegen zu wirken. Hand in Hand damit gehen die Einwirkungen auf Natal, sich von der Union zu trennen, die ihren

Ausdruck in den Bestrebungen finden, auf die Reichskonferenz in Ottawa einen besonderen Vertreter entsenden zu können.

Ein ähnliches Bild wird widerspiegelt durch das harte Werben um Südwest, das bei den letzten Landesratswahlen darin zum Ausdruck kam, daß die daselbst ansässigen Engländer in der Unabhängigen Partei und im Zusammengehen mit den Deutschen gegen die Buren, das Zustandekommen einer  $\frac{2}{3}$  Mehrheit im Windhuker Landesrat zu verhindern suchten und zu verhindern vermochten. Wenn diese parlamentarische Mehrheit erreicht worden wäre, so würde ein verfassungsändernder Beschluß des Landesrates vielleicht schon längst dem Bestande Südwestafrikas als Mandat ein Ende bereitet gehabt haben. Die Engländer haben diese Stellung aber nicht eingenommen, um das Mandat für Deutschland zu erhalten, sondern nur deswegen, weil sie wünschten, daß in absehbarer Zeit einmal ihre eigene Regierung diesem aus dem Versailler Diktat stammenden Zustand ein Ende machen sollte.

Es ist, das lehrt ein Blick auf die Karte, eine Unmöglichkeit, an ein „Größeres Südafrika“ zu denken, wenn Südwest nicht endgültig angegliedert wird. Zugleich aber handelt es sich auch hier wieder um Rhodesien, welches einen billigen und brauchbaren Weg an den ihm genehmen Weltmarkt, nur auf dem Wege einer Bahn aus der Gegend von Livingstone und Wanki durch die Kalahari und das südwestafrikanische Mandat nach Walfischbai finden kann. Derjenige Staat, welcher diese Bahn nachher fest in der Hand hat, ist auch die Macht, zu welcher Rhodesien auf die Dauer sich halten muß.

Das ist die allgemeine politische Lage der Dinge, in der Südwestafrika sich befand, als es auf den jetzt zu einem gewissen Endziel gekommenen Weg hingedrängt wurde.

Das ganze Land befand sich in einer trostlosen Lage. Nachdem es eine Reihe von Jahren mit raschen Schritten zu einer hohen Blüte gelangt war, brach das Unheil herein. Eine fast dreijährige Dürre vernichtete die Hälfte des Viehbestandes in weiten Teilen des Landes. Dazu kam die Weltwirtschaftskrise, welche auf Südwestafrika nicht ohne Einfluß blieb. Infolge des amerikanischen Wirtschaftsniederbruches verschwand der Hauptdiamantenkäufer vom Markte, und die Betriebseinschränkungen der Diamantenmagnaten ließen ihre Bestrebungen zunächst sich auf Südwestafrika auswirken, obwohl hier auf billigste Weise der Edelstein gewonnen wurde: Die Diamantförderung wurde eingeschränkt und schließlich ganz aufgegeben. Die Uebererzeugung von Kupfer veranlaßte die Otaviminen gleichfalls ihre Betriebe zu schließen, sodaß, was bisher in Südwestafrika noch niemals erlebt wurde, eine starke Arbeitslosigkeit sich geltend machte, die an dem Marke des Landes weiterhin zehrte.

Dazu hatte die Art der Verwaltung, wie sie in den Jahren der Mandats Herrschaft geführt wurde, gar zu stark mit den früher so reichlich vorhandenen Mitteln gewirtschaftet und nicht an Rücklagen für schwere Zeiten gedacht. Der Beamtenapparat war

viel zu groß, und da er fast ausschließlich aus Unionsleuten dargestellt wurde, so kostete er nicht nur Geld, sondern die bezahlten Gehälter flossen auch aus dem Lande hinaus. Vor allem aber hatte die Zollpolitik der Union, die durch Schutzzölle auf der einen Seite die unentbehrliche Einfuhr für Südwestafrika verteuerte, auf der anderen Seite den Absatz von Erzeugnissen nach draußen erschwert, stark auf dem Lande gelastet, was, solange die Diamantminen die nötigen Erträge brachten, weniger auffiel, alsdann aber unendlich schwer empfunden wurde.

Die Stimmung im Lande war so, daß sowohl Deutsche wie Buren und auch die ansässigen Engländer einsehen, daß es so nicht weiter gehe, und daß nur, wenn die ganze Bevölkerung, in sich einig, eine Aenderung von der Unionsregierung verlange, eine Besserung der Verhältnisse erzielt werden könne. Nachdem dieser Gedanke so ziemlich Allgemeingut geworden war, kam es unter Mitwirkung auch der Führer der burischen Nationalen Südwest-Partei am 27. November 1931 zu der von allen Parteien beschickten landeswirtschaftlichen Konferenz in Windhuk, in der man sich zunächst parteipolitisch einigen und dann diejenigen Bedingungen an die Regierung in Prätoria stellen wollte, welche notwendig erschienen, um Südwestafrika vor dem endgültigen Verderben zu bewahren.

Es war in Aussicht genommen, daß den Deutschen vorweg, ohne daß sie irgendwelche Gegenleistung dafür zu zahlen hatten, das Deutsch als dritte Amtssprache im Lande zugestanden und außerdem die politische Gleichberechtigung gewährt werden sollten. In den Verhandlungen dieser Zusammenkunft aber stellte sich heraus, daß die Vertreter der Buren doch noch nicht so vollständig den Gleichberechtigungs-Standpunkt aller anzuerkennen vermochten, und es war keine Frage, daß, wenn der dahin zielende Antrag schließlich auch abgelehnt wurde, doch der Versuch der Buren darin lag, die Wünsche an die Unionsregierung in eine Form zu kleiden, in der man letzten Endes die Aufgabe des Mandatscharakters sehen mußte.

Als diese landeswirtschaftliche Konferenz nach zweitägigen Verhandlungen auseinanderging, war es klar, daß die Deutschen unter diesen Umständen nicht mitmachen durften.

Die Folge dieses Mißlingens war eine starke Aufregung im ganzen Land, die sich in einer solchen nachhaltigen Weise geltend machte, daß nunmehr auch die führenden Persönlichkeiten der Burenpartei nicht um sie herumkommen konnten. In Gegenwart von dem Leiter des Deutschen Bundes und von dem Hervorragendsten der deutschen Farmer, Albert Voigts, kam dann am 7. Januar 1932 in Marienthal eine allgemeine Versammlung zustande, in der der Burenführer Jooste sich rückhaltlos auf den Standpunkt stellte, den Deutschen ihre Wünsche zu erfüllen, ohne daß in irgend einer noch so versteckten Form ein politischer Gegenstand von ihnen verlangt wurde.

Ähnliche Versammlungen zogen sich durch das ganze Land, und so konnte es dann am 20. Januar zu erneuter Verhandlung in Windhuk kommen, in der die Beschlüsse, und zwar ohne jeden Rückhalt, gefaßt wurden, die den Deutschen die Anerkennung ihrer Sprache als Amtssprache und die volle politische Gleichberechtigung gewährten, wogegen dann alle zusammen die Erweiterung der Verwaltungsform Südwests nach bestimmten Richtungen hin zu fordern sich bereit erklärten, um auf diesem Wege der Not im Lande ein Ende zu machen.

Es wurde eine Deputation, aus sämtlichen Parteien bestehend, gewählt, welche in Verhandlungen vom 5. bis 8. April 1932 mit dem Erstminister, General Herzog, soweit es bis jetzt übersehbar ist, zu einem vollem Erfolge gelangte. Der ja als deutschfreundlich bekannte General, dessen Vorfahren übrigens einmal aus Bielefeld nach Südwestafrika ausgewandert sind, hat seine Freude darüber ausgedrückt, daß endlich eine Einigung der Bevölkerung in Südwest zustande gekommen sei, und hat seinerseits alles versprochen, was durchgeführt werden müsse, um das Deutsche als Amtssprache in der Verfassung des Landes endgültig festzulegen.

Auch inbezug auf die politische Gleichberechtigung hat er zugesagt, daß nicht später als im nächsten Jahre Gesetzgebungen auf der Grundlage des Südwestafrika-Naturalisations-Gesetzes Nr. 30 von 1914 eingebracht werden sollten, durch die alle am 31. Dezember 1931 in Südwestafrika fest ansässigen Europäer automatisch naturalisiert werden. Die Schaffung eines Mandats-Bürgerrechts hat Herzog mit guten Gründen abgelehnt, und man kann sagen, daß ein solches noch nicht einmal den Wünschen, die wir haben müssen, entsprechen würde. Soweit die Regelung der Naturalisierung nach dem genannten Gesetze nicht durchführbar ist, hat General Herzog sich bereit erklärt, der Wiedereinführung des Naturalisationsgesetzes Nr. 24 von 1910 für Südwestafrika näherzutreten. Damit würde die Naturalisation in Südwest-Afrika nach zweijährigem Aufenthalt beantragt werden können, und die Einbürgerung würde, wie bei der automatischen Naturalisation in Südwestafrika, auf Südwestafrika und die Union beschränkt bleiben; denn die Naturalisierung für das ganze britische Reich kann Einwanderern in der Union erst nach 5 jährigem Aufenthalt verliehen werden.

Der Erstminister erhebt ferner keine Einwendungen gegen die Erweiterung der Rechte des Landesrates (gemäß § 27 der südwestafrikanischen Verfügung von 1925) über:

Polizeiwesen,  
privates Flugwesen,  
Erziehung,  
Landbank,  
Landsiedlung,

falls der Landesrat, woran ja jetzt nicht mehr zu zweifeln ist, einen entsprechenden Beschluß mit zwei Drittel Mehrheit faßt. Ferner soll gegen eine weitere Ausdehnung des Selbstverwaltungsrechts

nach Beschluß durch den Landesrat vom Unionskabinett kein Einspruch erhoben werden.

Auch die politischen Gegner der Partei des Generals Herzog haben sich dem Zwange nicht entziehen können, anzuerkennen, daß hier jetzt etwas geschaffen wird, was man im Sinne der Entwicklung von Südwestafrika unter allen Umständen gutheißen müsse, und der General konnte im Südafrikanischen Parlament feststellen, daß in diesem Falle zwischen ihm und General Smuts ein großes Maß von Einigkeit herrsche. Die hervorragenderen Zeitungen von Südafrika, soweit sie auf britisches Land stehen, haben sich mit der neuen Lage der Dinge einverstanden erklärt, und auch die gegnerischen, wie die „Cape Times“, haben zwar mancherlei auszusprechen, nehmen aber grundsätzlich auch keine feindliche Stellung ein.

Wenn man all dieses übersieht, so darf man den Deutschen in Südwestafrika die Anerkennung nicht versagen, ja, man kann behaupten, daß seit dem unseligen Versailler Diktat das Deutschland zum ersten Male einen großen und vollen politischen Erfolg errungen hat. Weder der Eintritt in den Völkerbund mit Locarno und Thoiry, noch eine der vielen sonstigen Verhandlungen haben uns irgend etwas gebracht, worüber wir auch nur eine Spur von Freude empfinden könnten. Alles das, was unsere Diplomatie versucht hat, um die bedrängten deutschen Minderheiten in den abgetretenen Landesteilen und sonst an den Grenzen des deutschen Reiches zu stärken und ihnen zu helfen, hat nichts genützt, weil es nicht mit dem notwendigen starken Willen und mit der dazu gehörigen unentbehrlichen Tatkraft unternommen wurde.

Hier draußen aber hat, weit entfernt von der Heimat, ein kleines Häuflein von Deutschen, niemals unterstützt durch irgendwelche Maßnahmen der heimischen dazu bestimmten Regierungsorgane, einen vollen Erfolg errungen, dessen weitere Wirkung in die ferne Zukunft man heute noch gar nicht abschätzen kann.

Deutsch als Amtssprache bedeutet, daß nunmehr, wenn wir selbstverständlich rein deutsche Schulen auch jetzt noch aufrecht erhalten müssen, Deutsch wohl in sämtlichen dortigen Schulen gelehrt werden wird; diejenigen, welche Deutsch verstehen, werden der deutschen Kultur anheimfallen, die ihre Ueberlegenheit über die britische nicht nur in Südwestafrika betätigen, sondern auch im Laufe der Zeit in dem „Größeren Südafrika“ wirksam werden lassen wird, und was das bedeutet, das werden vielleicht erst unsere Nachfahren in vollem Maße erkennen können.

Unter den Deutschen aber ist dem ältesten und angesehensten der dortigen Ansiedler, Albert Voigts, in hohem Maße der Dank zu bezeugen. Er hat als der anerkannte deutsche Führer mehr als einmal draußen und in der Heimat schweren Tadel über sich ergehen lassen müssen, wenn er in der radikal-nationalen Weise, wie es manchmal stürmisch von ihm verlangt wurde, nicht seinen Einfluß geltend machen wollte: Er kannte durch das jahrzehntelange gemeinschaftliche Leben mit den Buren deren Eigenart ganz

genau und hat gehandelt, wie ein tüchtiger Stratege es tun mußte. Hätte er Forderungen zur Unzeit erhoben und unterstützt, so würden scharfe Maßnahmen der Gegenseite die Folge gewesen sein, welche ein für allemal jede günstige Wendung hätten abschneiden müssen. Er hat gewartet, bis es Zeit war, und dann die Klinge geführt, und heute werden auch die radikal national eingestellten Kreise einsehen, daß es so das Richtige war.

Nach den Verhandlungen der südwestafrikanischen Deputation in Kapstadt und nach den Äußerungen im südwestafrikanischen Parlament ist wohl kaum daran zu zweifeln, daß alles nunmehr den durch diese Beschlüsse vorgeschriebenen Weg gehen wird, und wenn das geschieht, so muß sich auch in der äußeren Stellung von Südwestafrika eine schwerwiegende Änderung vollziehen. Bis jetzt war es ein C Mandat, das heißt, es war in vollem Maße in Gesetzgebung und Verwaltung abhängig von dem Mandatsinhaber. Wenn die von den gemeinsamen Wünschen getragenen Forderungen erfüllt werden, so ist der Tatsache nach von jetzt ab Südwestafrika als A Mandat zu bezeichnen, das heißt: als ein solches Land, dessen Bevölkerung fähig und in der Lage ist, sich selbst zu regieren, wenn es noch eine gewisse Zeit unter der Führung des Mandatsinhabers gestanden hat.

Man geht wohl nicht fehl, daß es in den Wünschen der südafrikanischen Regierung und auch in dem Bestreben der Südwestafrikaner liegen dürfte, daß zu gegebener Zeit auch völkerrechtlich das Land in die Reihe der A Mandate aufgenommen wird.

Wenn wir heute sehen, wie England im Begriff ist, das von ihm bis jetzt als A Mandat geführte Iraq als ein sich selbst regierendes Land in die Zahl der Völkerbundsmächte einzuführen, so weiß jeder, daß dieses nicht etwa besondere Menschenfreundlichkeit von England ist, sondern daß es aus der unbequemen Lage herauskommen will, in diesem Gebiete allen Völkerbundsmitgliedern die gleichen Rechte zu gewähren, indes es in dem freien Lande Iraq sich durch Sonderverträge die Vorteile sichern kann, die es haben möchte.

Es wird daher später auch, obwohl es wahrscheinlich in diesem Falle gern anders handeln würde, nicht darumbin kommen können, wenn der Augenblick eingetreten ist, der Forderung der Union, Südwestafrika gleichfalls als selbständigen Staat gelten zu lassen, keinen Widerstand entgegen zu setzen.

Vielleicht ist dieser Hintergedanke bei der ganzen Entwicklung der Dinge für die Zustimmung der südafrikanischen Republik maßgebend gewesen; denn wenn Südwestafrika vor die Frage gestellt wird, frei zu sein, so kann es nicht allein in der Welt stehen, sondern es muß irgendwohin Anschluß suchen.

Wohin wird der Weg dann führen?

A.



Klosterstraße.